



Kompass 2020

Deutschland in den internationalen Beziehungen
Ziele, Instrumente, Perspektiven



Indien

**Herausforderungen
auf dem Weg zur Weltmacht**

Peter Gey, Matthias Jobelius & Renate Tenbusch



Kompass 2020

Deutschland in den internationalen Beziehungen
Ziele, Instrumente, Perspektiven

Mit dem Projekt „Kompass 2020“ leistet die Friedrich-Ebert-Stiftung einen Beitrag zu einer Debatte über Deutschlands Ziele, Rolle und Strategien in den internationalen Beziehungen. „Kompass 2020“ begleitet mit Veranstaltungen und Publikationen das Jahr 2007, in dem die deutsche Außenpolitik durch die EU-Ratspräsidentschaft und den Vorsitz bei der G8 besonders im Rampenlicht steht. In rund 30 Einzelartikeln gibt das Projekt einen Überblick über die wichtigsten Themen und Regionen deutscher Außenbeziehungen. Diese Artikel haben dabei alle den gleichen Aufbau: Sie informieren zunächst über die wichtigsten Entwicklungen, die größten Herausforderungen und die zentralen Akteure in den jeweiligen Politikfeldern und Regionen. Der zweite Abschnitt analysiert die bisherige Rolle, die Strategien und die Wahrnehmung deutscher/europäischer Politik. Im Kapitel „Szenarien“ werden plausible, alternative Szenarien entwickelt, die veranschaulichen, welche Entwicklung das Politikfeld oder die Region in den kommenden 15 Jahren nehmen könnte. Im letzten Abschnitt schließlich werden mögliche Ansatzpunkte für die deutsche und europäische Politik formuliert.

Jochen Steinhilber
Katrien Klüver

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Entwicklungspolitik
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Tel. +49-30-26935-972
Fax +49-30-26935-959
kompass2020@fes.de
www.fes.de/kompass2020

Indien

Herausforderungen auf dem Weg zur Weltmacht

Peter Gey, Matthias Jobelius & Renate Tenbusch



Abstract	2
I. Rahmenbedingungen.....	3
I.1 Weltmacht Indien?	3
I.2 Indiens Sozialismus-Modell	4
I.3 Die Ära der Reformen	5
I.4 Infrastruktur und Bildung	6
I.5 Governance und Rechtsstaatlichkeit.....	8
I.6 Bevölkerung und Beschäftigung	9
II. Strategien deutscher und europäischer Politik und deren Wahrnehmung in Indien.....	10
III. Szenarien	12
III.1 Annahmen	12
III.2 Das „Hype-Desaster“-Szenarium.....	13
III.3 Das „Big Bang“-Szenarium.....	15
III.4 Zwischen „Hype-Desaster“-Szenarium und „Big Bang“-Szenarium	16
IV. Handlungsoptionen deutscher und europäischer Außenpolitik	17

Abstract

Indiens Wirtschaft wächst seit vier Jahren jahresdurchschnittlich um 8 Prozent. Die meisten indischen und ausländischen Beobachter sind zuversichtlich, dass Indien dieses Wachstumstempo in den kommenden Jahren beibehält und im Jahre 2020 eine führende Wirtschaftsnation und politische Weltmacht sein wird. Eine Minderheit weist darauf hin, dass Indien vor großen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Herausforderungen steht, die es bewältigen muss, um eine Weltmacht zu werden.

Aufgrund übermäßiger Regulierung und außenwirtschaftlicher Abschottung wuchs die indische Wirtschaft in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren nur wenig. Sein heutiges Wirtschaftswunder verdankt Indien den Reformen, die 1991 unter Manmohan Singh, dem damaligen Finanzminister und heutigen Premierminister, eingeleitet wurden. Damit begann Indien, erfolgreich an der Globalisierung teilzunehmen. Infolge der jahrzehntelangen Ausrichtung der Investitionen auf die Schwerindustrie, der Vernachlässigung der Infrastruktur und des Bildungswesens, rigider Arbeitsgesetze und bürokratischer Regulierung sind jedoch strukturelle Verwerfungen entstanden, die nur schwer zu überwinden sind.

Auch haben sich die demographischen und sozialen Probleme verschärft. Indiens Bevölkerung hat sich seit 1950 von 370 Millionen auf heute über 1,1 Milliarden verdreifacht. Rund 300 Millionen leben noch in bitterster Armut, mehr als die Hälfte aller Frauen sind Analphabeten und knapp die Hälfte aller Kinder ist unterernährt. Bis zum Jahre 2020 wird die Bevölkerung nicht nur um weitere 200 bis 300 Millionen Menschen zunehmen, sondern auf Indien kommt auch ein Alterungsproblem hinzu, weil die Zahl alter Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, ebenfalls steigt.

Im folgenden Beitrag wird Indiens Entwicklung bis zum Jahre 2020 in drei Szenarien vorgestellt: Das „Hype-Desaster“-Szenarium geht davon aus, dass die Unionsregierung und die meisten Regierungen der 28 Bundesstaaten die dringend erforderlichen Reformen nicht oder zu zögerlich durchführen. Über einige Jahre wächst die Wirtschaft noch kräftig („Hype“), dann aber kommt es zu Überhitzung und zu einer lang anhaltenden und tiefen Rezession („Desaster“). In den Boomjahren hatte sich die Kluft zwischen den unteren und den oberen Bevölkerungsschichten vertieft. Nun kommt es zu heftigen Verteilungskonflikten. Das zweite Szenarium unterstellt, dass nicht nur die notwendigen Reformen in der Wirtschaft, im Bildungs- und Rechtswesen sowie in der öffentlichen Verwaltung umfassend und rasch („Big Bang“) durchgeführt werden, sondern dass die Regierung auch entschlossen und erfolgreich die Rückständigkeit auf dem Lande und die Diskriminierung von Frauen, Stammesangehörigen und Dalits bekämpft. Im „Big Bang“-Szenarium wächst die Wirtschaft nicht so spektakulär wie 2004 bis 2007. Es wird aber auch nicht zur Katastrophe kommen, sondern das Wachstum wird ausgeglichen und nachhaltig sein, und die politischen und sozialen Konflikte halten sich in Grenzen. Als drittes stellt das „Zwischenstufen“-Szenarium die eingeschränkte Handlungsfähigkeit von Koalitionsregierungen, die auf Unterstützung durch zahlreiche Parteien angewiesen sind, in den Mittelpunkt. Es geht davon aus, dass Indiens Regierungen künftig nicht auf Strukturreformen setzen, sondern versuchen werden, mit „Insel“- oder Teillösungen die Probleme zu umgehen.

Auch wenn die gesellschaftliche Ausgangslage und die kulturellen Werte sehr unterschiedlich sind, teilen Indien, Deutschland und die Europäische Union das Interesse an einer internationalen Ordnung, die auf den Grundsätzen von Demokratie und Menschenrechten, Frieden und Sicherheit aufgebaut ist. Dies sind tragfähige Grundlagen für den weiteren Ausbau der gegenseitigen Beziehungen, unabhängig davon, in wel-

chem Szenarium sich Indien bis 2020 entwickelt. Indien wird 2020 voraussichtlich keine Weltmacht sein. Aber es hat die Möglichkeit, als stabile Regionalmacht durch anhaltendes Wirtschaftswachstum seine globale Bedeutung auszubauen. Deutschland und die EU können Dialog und Zusammenarbeit auf Themenfeldern wie Umwelt, Wirtschaft, Rechtsstaatlichkeit, Bildung und Wissenschaft anbieten, um Indien auf diesem Weg zu unterstützen.

I. Rahmenbedingungen

I.1 Weltmacht Indien?

Indien verfügt über Atomwaffen, hat die drittgrößten Streitkräfte der Welt und ist in Südasien seinen Nachbarn nach Fläche, Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft weit überlegen. Nun schickt es sich an, durch ein hohes Wirtschaftswachstum, das in den vergangenen vier Jahren jeweils 8 Prozent erreichte, auch zu den Wirtschaftsmächten aufzuschließen. Fachleute aus Medienhäusern, Investmentbanken und Forschungsinstituten stimmen darin überein: Hier wächst ein zweites China heran, ein wirtschaftliches und politisches Kraftzentrum, das in wenigen Jahren Deutschland und Japan überrunden wird. Dann hätte Indien die wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllt, um als eine führende politische Kraft die internationalen Beziehungen mitzugestalten.

Neben Zuversicht gibt es auch Skepsis. Bibek Debroy, Direktor des Rajiv Gandhi Institute for Contemporary Studies, einem Think-Tank der regierenden Kongresspartei in Neu-Delhi, schränkte Indiens Weltmächtaussichten ein, als er im Jahr 2002 feststellte, dass bei einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 6,5 Prozent Indiens Pro-Kopf-Einkommen im Jahre 2020 etwa 1.200 US-Dollar (berechnet in konstanten Preisen) betragen würde. Indien läge damit in etwa dort, wo sich im Jahre 2002 China befand, und wäre noch weit von jener 10.000-Dollar-Schwelle entfernt, ab der es gerechtfertigt ist, von einem entwickelten Land zu sprechen.

Somit hätte Indien im Jahre 2020 zwar noch nicht die ökonomische Stärke, um eine Weltmacht zu sein, aber mit einem jahresdurchschnittlichen Wachstum von 6,5 Prozent über einen Zeitraum von knapp anderthalb Jahrzehnten hätte es seinen wirtschaftlichen Aufschwung erfolgreich fortgeführt und die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Lebensbedingungen seiner Bevölkerung weiter zu verbessern. Doch um allein dieses Wachstumstempo zu halten, muss Indien erhebliche innere und äußere Herausforderungen meistern.

Zum einen muss es die Folgen seiner sozialistisch geprägten Vergangenheit überwinden: Eine am Vorbild der Sowjetunion ausgerichtete Entwicklungsstrategie und ein marktfeindliches Wirtschaftssystem hatten jahrzehntelang das Wachstum gebremst und strukturelle Verwerfungen erzeugt, die nur schwer zu korrigieren sind. Zum anderen stehen die indischen Unternehmen und der Standort Indien seit der außenwirtschaftlichen Öffnung des Landes Anfang der neunziger Jahre im Wettbewerb mit leistungsfähigen internationalen Konkurrenten. Indien nimmt endlich an der Globalisierung teil, aber es muss nun auch die erforderlichen institutionellen und wirtschaftspolitischen Bedingungen schaffen, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können.

Dabei geht es nicht nur um Wirtschaftswachstum und den Erfolg der indischen Unternehmen, sondern auch um die Überwindung von Armut, die noch immer massiv vorhanden ist. Indiens Bevölkerung hat sich seit 1950 von 370 Millionen auf heute über

1,1 Milliarden Menschen verdreifacht. Nach Angaben des Weltentwicklungsberichtes der Vereinten Nationen müssen vier Fünftel von ihnen am Tag mit weniger als zwei Dollar auskommen. Gut ein Drittel muss sich das Überleben mit nur einem Dollar sichern.

Das demographische Szenario, das sich bis zum Jahre 2020 herausbildet, wird die sozialen Herausforderungen noch verschärfen. Zum einen werden weitere 200 bis 300 Millionen Menschen, die ernährt und ausgebildet werden müssen, hinzukommen. Zum anderen wächst Indien ein Alterungsproblem zu, weil die Zahl derer, die aus Alters- oder Gesundheitsgründen nicht mehr erwerbstätig sein können und auf Transferleistungen angewiesen sind, ebenfalls steigt.

Indien steht somit vor enormen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Herausforderungen, die es bewältigen muss, wenn es eine Weltmacht werden möchte. Entscheidend wird sein, ob die Verantwortlichen in der Unionsregierung und in den Regierungen der 28 Bundesstaaten willens und imstande sind, erfolgversprechende Reformen zu entwickeln und politisch durchzusetzen. Dabei sind zwei gegenläufige Szenarien und eines, das eine Gratwanderung beschreibt, denkbar. Sie zeigen Indien im Jahre 2020 in einem jeweils anderen Licht. Abschließend wird die Frage gestellt, welche Schlussfolgerungen aus den Szenarien für die künftigen Beziehungen zwischen Indien und Deutschland gezogen werden können.

1.2 Indiens Sozialismus-Modell

Indien war nicht das einzige Land in der einstigen Dritten Welt, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg den sowjetischen Weg der Industrialisierung zum Vorbild nahm. Die politischen Führungen der meisten Entwicklungsländer betrachteten eine weitgehende außenwirtschaftliche Autarkie, den Aufbau einer Schwerindustrie und eine staatliche Lenkung des Wirtschaftsgeschehens als wichtige Voraussetzungen für ein rasches wirtschaftliches Aufholen. Nicht nur in Indien ließ der Staat Stahlwerke und Automobilfabriken ohne Rücksicht auf Kosten und Erträge errichten, und nicht nur hier entstand eine aufgeblähte Bürokratie, die mit Preis- und Kreditkontrollen, der Vergabe von Einfuhrlizenzen, Investitionsgenehmigungen und anderen dirigistischen Maßnahmen politische Vorgaben umsetzen sollte. Aber Indien folgte dem Beispiel gründlicher und länger als die übrigen Länder.

Kurz nach der Staatsgründung wurden Anfang der fünfziger Jahre die „Kommandohöhen“ der Wirtschaft, wie in der damaligen Sowjetunion und den übrigen sozialistischen Ländern die Stahlindustrie, der Maschinenbau, die chemische Industrie und das Transportwesen genannt wurden, größtenteils in Staatseigentum überführt. 1969 folgte die Verstaatlichung der Banken. Der erste Fünf-Jahr-Plan, in dem die Entwicklungsziele zugunsten der Schwerindustrie und die zu ihrer Erreichung erforderlichen Investitionsmittel festgelegt wurden, begann 1953.

Um die Privatwirtschaft zu kontrollieren und zu regulieren, führte die Regierung schrittweise das „licence raj“-System und das „inspector raj“-System („raj“ bedeutet „Herrschaft“, „Regime“) ein. Das „licence raj“-System schrieb vor, dass Betriebe, die Güter importieren wollten, vorab Einfuhrlizenzen einholen mussten. Damit schützte die Regierung die heimische Wirtschaft vor unerwünschter Konkurrenz aus dem Ausland. Außerdem sollten umfangreiche Preis-, Kredit- und Investitionskontrollen sicherstellen, dass die staatliche Bürokratie die Entwicklung des Privatsektors eindämmen und lenken konnte. Das „inspector raj“-System schließlich war die Gesamtheit aller Inspektionen, die die Behörden in Unternehmen und Betrieben durchführten, um die Einhaltung von Gesetzen, Normen und Bestimmungen zu überwachen. Dabei waren die Inspektoren mit

umfangreichen Befugnissen ausgestattet. Ihre Beanstandungen konnten die vorübergehende oder dauerhafte Schließung des Unternehmens sowie hohe Geld- und Haftstrafen zur Folge haben. Beide Systeme begünstigten Bürokratisierung, Klientelismus und Korruption.

Die Bestimmungen des Arbeitsrechts wurden im Laufe der Jahrzehnte immer zahlreicher und widersprüchlicher. Bei Kontrollen entschied der jeweilige Inspektor, ob ein Gesetzesverstoß vorlag oder nicht. Dem Arbeitsrecht unterlagen alle Betriebe ab zwanzig Beschäftigten, sofern sie keine Elektrizität nutzten, und bereits ab zehn Beschäftigten, wenn sie einen Stromanschluss hatten. Um dem „inspector raj“-System zu entgehen, vermieden die Betriebe, die kritischen Beschäftigungsgrenzen zu erreichen.

Neben der staatlichen Schwerindustrie stand die Landwirtschaft im Mittelpunkt der indischen Wirtschaftsplanung. Diese zielte vorrangig darauf, durch eine Steigerung der Agrarproduktion drohende Hungersnöte abzuwehren und durch eine Idealisierung des Dorflebens die Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte zu bremsen. Ebenso wie in anderen Wirtschaftsbereichen wurden auch hier umfassende Produktions-, Preis- und Kreditkontrollen und zahlreiche Förderprogramme durchgeführt. Im Rahmen der sogenannten Grünen und anschließenden Weißen Revolution wurde Indien bis Mitte der sechziger Jahre einerseits zum Selbstversorger von Agrarerzeugnissen, und Hungerkatastrophen blieben seither aus. Andererseits führten der staatlich vorgeschriebene Anbau von Hohertragsorten und der umfangreiche Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln zu Monokulturanbau, Überdüngung des Bodens, Verseuchung der Umwelt und einem übermäßig hohen Wasserverbrauch. Von Subventionen abhängige und staatlich kontrollierte Klein- und Kleinstbetriebe mit geringer Produktivität kennzeichneten die indische Landwirtschaft.

Die Ergebnisse, die Indien mit seinem Sozialismus-Modell zwischen 1950 und 1980 erreichte, waren enttäuschend. Indiens Industrie erzeugte vorrangig kapitalintensive Produkte („Maschinen, um Maschinen zu produzieren“), sie war ineffizient, nicht innovativ, exportierte wenig und schuf kaum Arbeitsplätze. Über einen Zeitraum von dreißig Jahren stieg Indiens BIP jahresdurchschnittlich nur um 3,7 Prozent. Da sich die Bevölkerung gleichzeitig von 372 Millionen auf 689 Millionen Personen nahezu verdoppelte, betrug die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate pro Kopf lediglich 1,5 Prozent. Sie wurde als „Hindu Rate of Growth“ sprichwörtlich.

1.3 Die Ära der Reformen

Indiens Führung hielt an der sowjetisch geprägten Entwicklungsstrategie und an staatlicher Kontrolle und Regulierung der Privatwirtschaft fest, ohne sich von der Entwicklung in der Sowjetunion und den übrigen kommunistisch regierten Ländern beeindruckt zu lassen. Dort hatte bereits in den fünfziger Jahren eine vorsichtige Diskussion über die Funktionsprobleme zentralistischer Wirtschaftssysteme und die großen Opfer, die eine zu starke Ausrichtung der Wirtschaft auf die Schwerindustrie erforderte, begonnen. Diese Kritik wurde zunehmend schärfer und bereitete den Weg für die weitreichenden Reformversuchen des „Prager Frühlings“ 1968, die Auflösung der Volkskommunen in China 1978 und den Generalstreik der polnischen Gewerkschaft „Solidarnosz“, die 1980 nicht nur freie Wahlen, sondern auch die Privatisierung der Staatsbetriebe gefordert hatte.

Nur zögerlich rückte Indiens Regierung in den achtziger Jahren von ihrer jahrzehntelangen Politik der Einschränkung und Regulierung der Privatwirtschaft ab. Während sie einerseits die Einfuhren liberalisierte und Exportanreize schuf, die Preiskontrollen verringerte

und für Privatunternehmen Kredite und Devisen bereitstellte, verschärfte sie andererseits die Arbeitsgesetze. Nach einer Vorschrift aus dem Jahre 1976 durften Unternehmen mit mehr als 300 Beschäftigten Entlassungen nur mit Genehmigung der Regierung vornehmen. 1982 verfügte sie, dass bereits ab 100 Beschäftigten die Regierung bei Entlassungen um Erlaubnis ersucht werden musste.

Ein grundlegender Kurswechsel erfolgte erst Anfang der neunziger Jahre. Unmittelbare Auslöser waren nicht der Mauerfall in Deutschland, die Auflösung der Sowjetunion und die beginnende Transformation der Länder Mittel- und Osteuropas, sondern es drohte 1991 die Zahlungsunfähigkeit des indischen Staates. Um internationale Beistandskredite zu erhalten, musste die Regierung nicht nur den nationalen Goldschatz verpfänden, sondern sich gegenüber dem Internationalen Währungsfonds auch zu Reformen verpflichten.

Auf die halbherzigen „pro business“-Reformen der achtziger Jahre folgten nun die sogenannten „pro market“-Reformen. Das „licence raj“-System wurde abgeschafft, die Regierung erlaubte ausländische Direktinvestitionen, öffnete zahlreiche Staatsmonopole, wie in den Bereichen Telekommunikation und Flugverkehr, für die Privatwirtschaft und liberalisierte das Banken- und Finanzsystem. Da sie weder das „inspector raj“-System noch das Arbeitsrecht angetastet hatte, war es keine umfassende Reform. Aber diese Maßnahmen hatten zur Folge, dass sich Indien der mittlerweile globalisierten Welt öffnete.

Der Erfolg blieb nicht aus. Gesamtwirtschaftlich wuchs Indien zwischen 1980 und 2000 im Durchschnitt um rund 6 Prozent. Das war im Vergleich zu den Ländern Lateinamerikas und Afrikas ordentlich, aber wenig im Vergleich zu China oder Südkorea und wenig im Verhältnis zu seiner nach wie vor stark zunehmenden Einwohnerzahl. Sie stieg in diesem Zeitraum um weitere 358 Millionen Menschen und übersprang im Jahr 2000 die Milliardengrenze.

Um die Jahrtausendwende beschleunigte sich das Wachstum, und es erreichte im Wirtschaftsjahr 2003/04 erstmals und dann auch in den Folgejahren die 8-Prozent-Marke. Angesichts des hohen Wirtschaftswachstums verbreiteten die indischen Medien zunehmend Euphorie, und die Regierung fühlte sich ermutigt, das Wachstumsziel für 2012 von 9 auf 10 Prozent zu erhöhen. Vereinzelt waren jedoch auch kritische Stimmen zu vernehmen, und es zeichneten sich Grenzen und Hindernisse für ein dauerhaft hohes Wachstum der indischen Wirtschaft ab.

I.4 Infrastruktur und Bildung

Eine Volkswirtschaft, die jahresdurchschnittlich um 8 Prozent wächst, erreicht in fünf Jahren das Anderthalbfache ihrer ursprünglichen Größe. Ein Wirtschaftswachstum in dieser Größenordnung möchte Indien auch in den kommenden Jahren erreichen. Die zusätzlichen Transaktionen, die damit einhergehen, würden den Druck auf die Infrastruktur immens verstärken. Diese fällt in Indien ohnehin schon seit Jahrzehnten hinter die Mindestanforderungen, die Erzeuger und Verbraucher gerade an die Strom- und Wasserversorgung sowie an Transport und Verkehr stellen, zurück.

Um die Infrastruktur dem Bedarf anzupassen, müsste die Regierung über viele Jahre hinweg zusätzlich 3,5 bis 4,0 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aufwenden. Das wäre in etwa der doppelte Betrag, den Indien gegenwärtig für Transport, Strom, Wasser, Lagerung, Bewässerung, Hafenanlagen und Flughäfen ausgibt. Gelänge es der Regierung aber nicht, die für den Ausbau der Infrastruktur notwendigen Ressourcen bereitzustellen, würde sich das Wirtschaftsgeschehen überhitzen. Schlimmstenfalls würde der

Aufschwung abgewürgt werden. Daher bemüht sich die Regierung verstärkt um sogenannte Private-Public Partnerships. Eine solche Partnerschaft zwischen Stadtregierung und Privatunternehmen war im Fall des Baus der U-Bahn in Delhi sehr erfolgreich. Im Energiesektor und vor allem in der Wasserwirtschaft hingegen ist eine Beteiligung von Privaten entweder politisch heikel oder für die Investoren wirtschaftlich zu riskant.

Während Indiens Infrastruktur allgemein als ein großes Hindernis für die weitere Entwicklung angesehen wird, gilt sein Arbeitskräftepotential wegen des niedrigen Durchschnittsalters, der guten Englischkenntnisse und des hohen Bildungsniveaus der Arbeitskräfte als ein bedeutender Wachstumsfaktor. Eine Prognose aus dem Jahre 2001, die im Anschluss an den im gleichen Jahr durchgeführten Bevölkerungszensus aufgestellt wurde, gelangte zu dem Ergebnis, dass in Indien im Jahre 2020 etwa 325 Millionen Personen zur Altersgruppe der 20- bis 35-Jährigen gehören werden. Damit hätte Indien mehr junge Erwerbspersonen als China. Im Unterschied zu den Industrieländern und China, deren Bevölkerungen zunehmend vergreisen, wird Indien daher eine „demographische Dividende“ zugeschrieben.

Doch der Schein trügt. Aufgrund des in der Vergangenheit niedrigen Wachstums, der starken Bevölkerungszunahme und einer staatlichen Bildungspolitik, die seit Jahrzehnten die Grundschulbildung gegenüber höheren Bildungswegen vernachlässigt, sind noch ein Viertel aller Männer und die Hälfte aller Frauen Analphabeten. Und in den etwa 680.000 Dörfern und zunehmend in den Slums der Großstädte wächst die nächste Generation chronisch mangelernährter und gar nicht oder nur schlecht ausgebildeter junger Menschen heran. Die Zahl der Kinder, die nicht in die Schule gehen, sondern durch Betteln oder körperliche Arbeit zum Familieneinkommen beitragen, wird offiziell mit 20 Millionen angegeben. Nichtregierungsorganisationen gehen hingegen von 40 Millionen aus.

Ebenso wenig lassen die Zustände im Hochschulbereich eine „demographische Dividende“ erwarten. Zwar hat Indien gegenwärtig 369 Universitäten und 18.064 Colleges und zählt damit zu den Ländern mit den meisten Hochschuleinrichtungen. Aber auch hier sind die Zahlen vor dem demographischen Hintergrund zu sehen: Von 120 Millionen jungen Leuten im Alter von 17 bis 23 Jahren erhalten nur rund 12 Millionen eine College- oder Hochschulausbildung. Und diese ist von meist schlechter Qualität. Nach einer Studie der National Association of Software and Service Companies aus dem Jahre 2005 war nur ein Viertel der Absolventen ausreichend qualifiziert, um in einem ausländischen oder indischen Technologieunternehmen zu arbeiten. Das Computerservice-Unternehmen Infosys gibt an, dass im Jahre 2006 von 1,3 Millionen Bewerbern nur 2 Prozent ausreichende Voraussetzungen für eine Anstellung hatten. Ein großes Problem für alle modernen Wirtschaftsbereiche ist, dass entgegen der landläufigen Annahme nur etwa 5 bis 7 Prozent der Bevölkerung Englischkenntnisse haben.

Die Vereinigung der Indischen Industrie- und Handelskammern weist auf die „ungeheure Kluft“ zwischen dem rasch wachsenden Bedarf der Unternehmen an qualifizierten Arbeitskräften und der tatsächlichen Zahl an gut ausgebildeten jungen Leuten hin. Im Biotechnologie-Bereich liegt der zusätzliche Bedarf an promovierten Wissenschaftlern bei 80 Prozent, und im Technologiesektor wird erwartet, dass 2010 etwa 500.000 Arbeitsplätze nicht besetzt werden können. Die Unternehmen fürchten, dass der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften die Fluktuation in den modernen Dienstleistungsunternehmen, die bereits heute zwischen 40 und 60 Prozent liegt, erhöht und die jährlichen Lohnsteigerungen noch über die gegenwärtig branchenüblichen 10 bis 20 Prozent hinaus treibt. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis Indien wegen Arbeitskräftemangel und steigenden Löhnen seine komparativen Beschäftigungsvorteile verliert und sich indische und ausländische Unternehmen nach geeigneten Standorten außerhalb Indiens umschauchen.

I.5 Governance und Rechtsstaatlichkeit

Indien verdankt sein hohes Wirtschaftswachstum den Reformen, die 1991 unter Manmohan Singh, dem damaligen Finanzminister und heutigen Premierminister, eingeleitet wurden. Diese waren nach jahrzehntelanger Misswirtschaft und Autarkie der entscheidende Durchbruch zu Marktwirtschaft und Integration in die Weltwirtschaft. Sie müssen nun mit weiteren Reformen fortgesetzt werden. Die Privatisierung unwirtschaftlicher Staatsunternehmen, der Abbau von Exporthindernissen, Reformen in der Landwirtschaft, Förderung der verarbeitenden Industrie und die umfassende Verbesserung von Infrastruktur, Bildungswesen und Steuersystem sind einige der Voraussetzungen, die Indien erfüllen muss, um die Herausforderungen der wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Entwicklung zu bewältigen. Dazu benötigt es eine an Entwicklung und Gemeinwohl orientierte, handlungsfähige Regierung, eine transparente und leistungsfähige Verwaltung sowie allgemeine Rechtsstaatlichkeit.

Indien versteht sich als säkulare Demokratie, in der alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Geschlecht, Religion, Kaste und ethnischer Zugehörigkeit rechtlich gleichgestellt sind. Trotzdem dreht sich die politische Auseinandersetzung in erster Linie um die Verteilung von Privilegien wie Subventionen, Quoten oder Zuwendungen für Wähler- und Interessengruppen, die zu bestimmten Kasten, Religionen, Stammesgruppen oder Regionen gehören. Klientelbezogene Subventionen für Wohnen, Strom, Wasser, Benzin, Dünger und Grundnahrungsmittelversorgung, die inzwischen ein Viertel der Staatsausgaben ausmachen, sind trotz Zweifeln, dass diese Zuwendungen den wirklich Bedürftigen zugute kommen, weitgehend unantastbar und wecken immer neue Begehrlichkeiten. Quoten, die Dalits, Unterkastigen und Stammesangehörigen Zugang zu Hochschulen und Staatsdienst verschaffen, sind Gegenstand von Auseinandersetzungen sowohl zwischen den Parteien als auch zwischen Angehörigen verschiedener „unterprivilegiertes“ Bevölkerungsgruppen. Bei Wahlen sind diejenigen Parteien erfolgreich, die es verstehen, die jeweiligen Begehrlichkeiten aufzugreifen und die entsprechenden Wählergruppen zu mobilisieren. Politische Weltanschauungen, Wahlprogramme oder wirtschaftspolitische Konzepte sind demgegenüber weder bei der Bildung von Parteien noch im Wahlkampf oder bei Regierungsbündnissen entscheidend.

Ein aufgeblähter Verwaltungsapparat war jahrzehntelang damit befasst, die Wirtschaft zu kontrollieren und zuregulieren sowie staatliche Entwicklungs- und Beschäftigungsprogramme durchzuführen. Hier konnten Klientelismus und Korruption ungehindert gedeihen. Da diese Bürokratie die Ära der Wirtschaftsreformen bislang weitgehend ungeschoren überstand, setzte die Regierung im Jahre 2005 ein Gesetz durch, das die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat stärkt. Das Gesetz („Right to Information“) zielt darauf, durch eine Auskunftspflicht der Behörden Transparenz und Rechenschaftslegung von Regierung und Verwaltung zu verbessern und die Korruption einzudämmen.

Schwerfälligkeit und Korruption kennzeichnen auch das indische Rechtssystem. Gesetze werden nicht angewendet, unzählige Richterstellen sind seit Jahren unbesetzt und die Zahl anhängiger Gerichtsverfahren, die noch nicht eröffnet wurden, ist auf 27 Millionen angeschwollen. Auf den Wartelisten stehen Mord- und Korruptionsfälle, Diebstahl und Entführung, Vergewaltigung, Mitgiftmord und Menschenhandel. Es wird geschätzt, dass die indische Justiz bei Ausnutzung ihrer derzeit vorhandenen Kapazitäten etwa 350 Jahre benötigte, um nur die bereits laufenden Verfahren abzuarbeiten. Transparency International veranschlagt die Summe der „Beschleunigungsgelder“, die alleine auf der Ebene der Amts- und Bezirksgerichte in nur zwölf Monaten geflossen sein sollen, auf 580 Millionen Dollar. Rechtssicherheit ist damit weder für indische Staatsbürger noch für ausländische Investoren gewährleistet.

I.6 Bevölkerung und Beschäftigung

Der globale demographische Trend, dass die Menschen länger leben und weniger Kinder haben, ist auch in Indien festzustellen. Seit den fünfziger Jahren hat sich die absolute Geburtenrate von sechs auf drei Kinder pro Frau halbiert, und die Lebenserwartung ist von 40 auf 64 Jahre gestiegen. Da die Geburtenrate jedoch von einem hohen Niveau aus nur langsam zurückging und noch immer hoch ist, verdreifachte sich die Bevölkerungszahl von 370 Millionen im Jahre 1950 auf heute 1,1 Milliarden. Sie wird bis zum Jahre 2050 noch um weitere 500 Millionen Menschen (mittlere Variante) zunehmen. Gleichzeitig steuert Indien auf ein massives Alterungsproblem zu, weil die Zahl der über Sechzigjährigen von heute rund 90 Millionen bis 2050 auf über 300 Millionen steigt. Gegenwärtig gibt es für ältere Menschen außerhalb des Familienverbandes so gut wie keine Daseinsfürsorge. Wer aus Alters- oder Gesundheitsgründen nicht mehr erwerbstätig sein kann, ist auf die Zuwendungen der arbeitsfähigen Familienmitglieder angewiesen. Wo sollen diese künftig Beschäftigung finden?

Aufgrund der insbesondere in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts versäumten Entwicklung leben heute noch immer 73 Prozent der Inderinnen und Inder auf dem Lande. Gegenüber 1950 ist dies ein Rückgang um lediglich 10 Prozentpunkte. Aber erst die absoluten Zahlen zeigen, wie stark der Bevölkerungsdruck auf die Ressourcen Boden und Wasser zugenommen hat. Die Zahl der Landbewohner stieg von 297 Millionen im Jahre 1950 auf 816 Millionen Personen im Jahre 2005. Das sind rund dreimal mehr Menschen, als Indien zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1947 Einwohner hatte. Eine unmittelbare Folge des auf dem Lande besonders hohen Bevölkerungswachstums war und ist die fortgesetzte Parzellierung des Bodens. Die durchschnittliche Flächenausstattung der Bauernwirtschaften ging zwischen 1971 und 1995/96 von 2,3 auf 1,4 Hektar zurück. In diesem Zeitraum stieg die Zahl der Betriebe mit weniger als zwei Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche von 49 auf 93 Millionen. Bereits heute ist die Landwirtschaft nicht in der Lage, der Landbevölkerung ein menschenwürdiges Auskommen zu sichern.

Außerhalb der Landwirtschaft ist es schwer, eine Beschäftigung zu finden. Aufgrund der jahrzehntelangen Ausrichtung der Investitionen auf die Schwerindustrie und wegen der rigiden Arbeitsgesetze sind in der verarbeitenden Industrie nur verhältnismäßig wenige Arbeitsplätze entstanden. Überschüssige Arbeitskräfte wanderten daher von der Landwirtschaft in den Dienstleistungsbereich. Dienstleistungen trugen mit 49 Prozent im Wirtschaftsjahr 2001/02 fast die Hälfte zum Bruttoinlandsprodukt bei, während der Anteil der Industrie nur ein Viertel erreichte. Dabei hat sich das Gewicht des Dienstleistungssektors in Indien mit der Beschleunigung des Wirtschaftswachstums sogar weiter erhöht. Während der Anteil der Industrie zwischen 1996/97 und 2005/06 nur mäßig von 24,9 auf 26,4 Prozent stieg, nahm der Anteil des Dienstleistungsbereichs von 43,6 auf 55,1 Prozent zu.

Die überwältigende Mehrzahl der Jobs im Dienstleistungsbereich sind einfache und schlecht entlohnte Tätigkeiten. Jene eine Million Personen, die 2005 im Bereich des „Business Process Outsourcing (BPO)“ (Buchhaltung, Textverarbeitung, Kreditkartenverwaltung, Callcenter etc.) und der Softwareherstellung beschäftigt waren und um die sich der „Indien-Hype“ maßgeblich dreht, fallen demgegenüber kaum ins Gewicht. Insgesamt waren überhaupt nur 35 Millionen Personen bzw. 7 Prozent der Erwerbstätigen im formellen Sektor und hier überwiegend im öffentlichen Dienst beschäftigt. Prekäre Beschäftigung ist in der indischen Wirtschaft bei weitem vorherrschend. Im Jahre 2005 waren 435 Millionen Personen bzw. 93 Prozent der Erwerbstätigen im sogenannten informellen Sektor, der durch nahezu vollständige Rechts- und Beschäftigungsunsicherheit gekennzeichnet ist, tätig.

II. Strategien deutscher und europäischer Politik und deren Wahrnehmung in Indien

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Indien waren auch in der Vergangenheit, als Indien ein enger politischer und wirtschaftlicher Partner der Sowjetunion war, gut. Nach deren Untergang und dem Ende des Kalten Krieges verstärkte Indien seine Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und suchte einen stärkeren politischen und wirtschaftlichen Austausch vor allem mit den USA, aber auch mit Deutschland und Europa. Allgemein ist das Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit Indien in dem Maße gestiegen, wie sich dieses Land wirtschaftlich liberalisierte und gegenüber der Außenwelt öffnete. Einiges spricht dafür, dass dieses Interesse auch künftig vorhanden sein wird:

Erstens ist Indien ein wichtiger Akteur bei der Gestaltung multilateraler Abkommen. In WTO-Verhandlungen tritt es immer öfter als Wortführer der Entwicklungsländer auf. Für das Weltumweltregime ist die Mitwirkung Indiens, das zu einem der größten Energieverbraucher des 21. Jahrhunderts wird, von großer Bedeutung. Für die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und die Zukunft des Atomteststopp-Abkommens spielt Indiens künftige Militärpolitik eine wichtige Rolle. Damit ist ein partnerschaftliches Verhältnis zu Indien auch für die Erreichung der multilateralen Ziele deutscher und europäischer Außenpolitik unabdingbar.

Zweitens ist Deutschland bereits heute einer der wichtigsten Handelspartner Indiens. Solange der wirtschaftliche Aufschwung des Landes anhält, bietet Indien einen wachsenden Absatzmarkt für deutsche Produkte. Dies gilt insbesondere für Maschinen und Ausrüstungsgüter, die für den Ausbau der Infrastruktur und die weitere Industrialisierung Indiens benötigt werden. Zudem gibt es Möglichkeiten für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Energiewirtschaft, insbesondere im Bereich alternativer Energieerzeugung, sowie im Bildungs-, Forschungs- und Technologiebereich. Deutsche Produkte gelten auch in Indien als qualitativ hochwertig und sind dort Statussymbole.

Drittens ist die Einbindung Indiens in einen sicherheitspolitischen Dialog wichtig für eine an Frieden und Demokratie ausgerichtete Asienstrategie der EU. Die Gefahr, dass es zu einem unkontrollierten Rüstungswettlauf der Atomkräfte China, Indien und Pakistan kommt, ist nicht gebannt. Auch die politischen Auseinandersetzungen in Indiens Nachbarstaaten Bangladesch, Nepal, Pakistan und Sri Lanka zeigen, dass es notwendig ist, Indien als Partner für eine asiatische Sicherheitspolitik zu gewinnen.

Viertens hat Indien als einer der größten Empfänger deutscher Entwicklungshilfe und „Ankerland“ eine besondere Bedeutung für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit. Schon aufgrund der Einwohnerzahl Indiens werden die internationalen Entwicklungsziele (Millennium Development Goals) ohne dortige Entwicklungserfolge in Asien nicht erreicht werden.

Berlin und Brüssel haben die Bedeutung Indiens inzwischen erkannt. Seit dem Jahr 2000 finden jährlich Gipfeltreffen zwischen Indien und der EU statt, die von parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Dialogforen begleitet werden. Auf dem fünften Gipfeltreffen in Den Haag im Jahre 2004 wurde eine „strategischer Partnerschaft“ zwischen Indien und der EU vereinbart, deren Schwerpunkte auf den Bereichen multilaterale Kooperation, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklungszusammenarbeit, Kultur- und Wissenschaftsaustausch und Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen der indisch-europäischen Beziehungen lag. Ein Jahr später wurden in Delhi eine politische Erklärung und ein Aktionsplan verabschiedet, um die Partnerschaft in einer Vielzahl

von Politikfeldern zu vertiefen. Im Jahr 2006 folgte die Einrichtung zahlreicher weiterer Dialogforen und Arbeitsgruppen, u. a. in den Bereichen Sicherheitspolitik, Energie, Migration, Menschenrechte, Klima und Umweltpolitik. Der siebte Gipfel im Oktober 2006 in Helsinki beschränkte sich darauf, den Aktionsplan fortzuführen sowie ein Handels- und Investitionsabkommen anzustreben.

Auch Deutschland und Indien arbeiten inzwischen enger zusammen. Seit der Verabschiedung der „Agenda für die deutsch-indische Partnerschaft im 21. Jahrhundert“ im Jahr 2000 verstehen sich beide Regierungen als „natürliche Partner“ mit gemeinsamen Werten. Die gegenseitige Unterstützung bei der Reform des UN-Sicherheitsrates hat auf beiden Seiten die Wahrnehmung verstärkt, dass Deutschland und Indien bei multilateralen Initiativen verlässliche Partner sein können. Die Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Kulturaustausch hat ebenfalls zugenommen, während die außen- und sicherheitspolitische Kooperation nur zögerlich in Gang kommt. Beim letzten Zusammentreffen der Regierungschefs im April 2006 wurde ein verteidigungspolitisches Kooperationsabkommen in Aussicht gestellt.

Der Handel zwischen Deutschland und der EU einerseits und Indien andererseits bildet den Kern der Zusammenarbeit. Die EU war im Jahr 2006 mit einem Anteil von 20 Prozent an den Gesamtimporten größter Lieferant Indiens, und Deutschland war dessen viertwichtigster Handelspartner. Zwar belegte Indien auf der Liste der wichtigsten Handelspartner Deutschlands nur Platz 29, doch ist es wahrscheinlich, dass das von Deutschland und Indien im Jahr 2004 erklärte Ziel, den bilateralen Handel bis 2010 auf 10 Milliarden Euro jährlich zu verdoppeln, erreicht werden wird. Die Direktinvestitionen Deutschlands in Indien, die vornehmlich in den Bereichen Chemie, Pharmazie, Maschinen, Software und Anlagebau erfolgten, gingen in den vergangenen Jahren hingegen zurück.

Trotz aller Fortschritte ist die Zusammenarbeit zwischen der EU und Indien noch immer vergleichsweise bescheiden. Auf indischer Seite steht man einer verstärkten Kooperation mit 27 oftmals uneinheitlich agierenden Staaten skeptisch gegenüber. Aus der Sicht Indiens gelten zudem im Vergleich zu den USA das Interesse der EU an Südasien und ihr Einfluss in dieser Region als begrenzt. Auch wird es als irritierend empfunden, dass die deutsche und europäische Asienpolitik ihren Schwerpunkt auf China legt, obwohl Deutschland und die EU ansonsten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte als unabdingbare Grundsätze ihrer Außenpolitik anführen.

Ein nüchterner Blick auf die wirtschaftlichen Potentiale, gemeinsamen Interessen und politischen Divergenzen ist Voraussetzung für eine intensivere Zusammenarbeit. Dies erfordert auf deutscher Seite auch, sich mit möglichen Szenarien der künftigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung Indiens zu befassen.

III. Szenarien

III.1 Annahmen

Wie schon in der Vergangenheit hängt es in erster Linie von den politisch Verantwortlichen in Indien selbst ab, welche innenpolitischen Zustände, Wirtschaftskraft und Lebensverhältnisse Indien im Jahre 2020 aufweist und welche Rolle es in den internationalen Beziehungen spielen wird.

Dies bedeutet nicht, dass politische und wirtschaftliche Einwirkungen von außen keinen Einfluss auf Indiens weitere Entwicklung hätten:

- Erstens muss Indien bereits heute fast drei Viertel seines Erdölbedarfs importieren. Da einerseits die heimischen Energiereserven abnehmen und andererseits der Ölverbrauch mit anhaltendem Wirtschaftswachstum steigt, wird Indien zunehmend verwundbar gegenüber einem Anstieg des Ölpreises. Die Auswirkungen der Ölpreissteigerung um rund ein Viertel zwischen Januar und Juli 2007 konnte die indische Regierung noch mit Subventionen aus dem Staatshaushalt abfedern. Ein „Ölpreis-Schock“ von über 100 USD pro Fass jedoch würde auf die Realwirtschaft durchschlagen, weil entweder Unternehmen und Haushalte die höheren Preise verkraften müssten oder steigende Subventionen wichtige Investitionen des Staates (z. B. in die Infrastruktur) unmöglich machen würden.
- Zweitens spüren Indiens Unternehmen, die mit ausländischen Firmen um Marktanteile konkurrieren, unmittelbar die Folgen von Wechselkursänderungen. Allein im zweiten Quartal 2007 wertete die indische Währung gegenüber dem US-Dollar um 7 Prozent auf. Das war der stärkste Quartalsgewinn der Rupie innerhalb der letzten dreißig Jahre. Ein weiterer deutlicher Wertverfall der amerikanischen Währung, was aufgrund des in den USA bestehenden hohen Defizits sowohl des Staatshaushalts als auch der Leistungsbilanz wahrscheinlich ist, würde Erlöse und Gewinne der indischen Unternehmen entsprechend verringern.
- Drittens wirken sich Krisen auf den internationalen Finanzmärkten auch auf das Finanzmarktgeschehen in Indien aus. Nichts veranschaulicht das Entstehen des „Indien-Hype“ eindringlicher als der Boom an der Bombay Stock Exchange. Der Gradmesser ihrer Aktivität, der Sensex, schoss zwischen Mitte 2002 und Mitte 2007 von knapp dreitausend auf über fünfzehntausend Punkte empor. Bei einer Verfünffachung der Börsenkapitalisierung in wenigen Jahren ist das Rückschlagspotential groß. Infolge eines Crashes an den Weltbörsen würden auch in Indien die Aktiennotierungen fallen und Investitionen und Konsum der Mittel- und Oberschicht einbrechen.
- Viertens können sich die Spannungen zwischen Indien und Pakistan verschärfen. Zwar sind die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan, die seit der Unabhängigkeit drei Kriege gegeneinander geführt hatten, gegenwärtig vergleichsweise entspannt. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Friedensbemühungen zwischen beiden Ländern wieder ins Stocken geraten, weil entweder in Pakistan sich die Konflikte zwischen Regierung und Opposition zuspitzen und/oder in Indien weitere schwere Anschläge terroristischer Gruppen zu innenpolitischen Unruhen führen. Beides könnte die indische Regierung veranlassen, die Gespräche mit Pakistan über Sicherheit und Entspannung abzubrechen. Jede erhebliche Verschlechterung in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern aber würde für Indien einen deutlichen Anstieg der Risikoprämien auf staatliche und private Anleihen im Ausland bedeuten und ausländische Investoren abschrecken.

Um herauszuarbeiten, welche Handlungsoptionen Indiens politische Führung hat und zu welchen denkbaren Szenarien die jeweilige Entscheidung führen könnte, wird für die Zeitspanne bis 2020 die für Indien beste aller Welten angenommen: Externe Schocks wie eine Explosion des Ölpreises oder ein Kollaps des internationalen Finanzsystems bleiben aus, und die Weltwirtschaft wächst wie in den vergangenen Jahren mit historisch einmalig hoher Geschwindigkeit.

Selbstredend sind für alle Szenarien auch die demographischen und natürlichen Ausgangsbedingungen dieselben: Zum einen wird die Bevölkerungszahl bis 2020 um weitere 240 Millionen Menschen (mittlere Variante) zunehmen. Zum anderen wird die Umwelt durch zunehmende Luftverschmutzung, fortschreitende Abholzung der Wälder, sinkende Grundwasserspiegel und die Verseuchung der Flüsse zunehmend belastet.

III.2 Das „Hype-Desaster“-Szenarium

In diesem Szenarium wird die Entwicklung, die mit den Wirtschaftsreformen Anfang der neunziger Jahre eingeleitet worden war, fortgeschrieben: Der 1991 drohende Staatsbankrott hatte der Regierung keine andere Wahl gelassen, als das „licence raj“-System abzuschaffen. Damit hatte das indische Sozialismusmodell ein maßgebliches Instrument zur Unterdrückung der Privatwirtschaft verloren. Befreit von dem Korsett staatlicher Einfuhr-, Investitions-, Preis- und Kreditkontrollen entfaltete diese nun ihr enormes Potential und machte Indien bald zu einem der am schnellsten wachsenden Länder. Der „Indien-Hype“ war entstanden. Wie geht es weiter?

Die hohen Wachstumsraten lassen die politisch Verantwortlichen darüber hinwegsehen, dass eine Reihe weiterer Reformen, wie sie von Forschungseinrichtungen und etlichen Think-Tanks der politischen Parteien gefordert werden, angepackt werden müssten. Bis 2020 wird das System zahlloser und willkürlicher Unternehmensinspektionen („inspector raj“) daher nicht oder nur in Teilbereichen gelockert. Auch die Arbeitsgesetze werden nicht oder erst sehr spät an OECD-Standards angepasst. Das Bildungssystem wird nicht grundsätzlich reformiert. Eine dringend notwendige Landreform, die die Besitz- und Eigentumsverhältnisse klärt, sowie Maßnahmen zur Modernisierung der Landwirtschaft unter ökonomischen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten unterbleiben. Statt die Reformen fortzusetzen, versucht die Regierung, Engpässe und Blockaden durch die Schaffung von Sonderwirtschaftszonen, die Erteilung von Sondergenehmigungen und Neuaufgaben der zahlreichen Sozialprogramme zu umgehen.

Diese Bypasspolitik reicht zunächst aus, um Indien über weitere zwei bis drei Jahre ein hohes Wirtschaftswachstum zu bescheren. Dann aber lassen sich die Versäumnisse der Vergangenheit nicht mehr überspielen:

Auf dem Arbeitsmarkt trifft die wachsende Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften auf ein rasch schrumpfendes Angebot. Unternehmen im Hochtechnologiebereich spüren den Arbeitskräftemangel als erste. Schon wenig später stehen auch für weit weniger anspruchsvolle Tätigkeiten, wie sie etwa in Callcentern verlangt werden, nicht mehr ausreichend englischsprachige Schulabgänger zur Verfügung. Die Fluktuation unter den Belegschaften ist hoch, weil sich den Beschäftigten immer wieder neue und bessere Chancen auftun. Zwar erhöht die Regierung endlich die Bildungsausgaben, aber die Umsetzung ist schwerfällig, weil die Zuständigkeiten unklar sind und es in allen Bereichen an gut ausgebildetem Lehrpersonal mangelt.

In der Folge schießen Löhne und Gehälter in die Höhe. Anfangs versuchen indische und ausländische Unternehmen, Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben und insbesondere indische Arbeitsmigranten mit vielfältigen Anreizen zur Rückkehr zu bewegen. Dann aber beginnen die Unternehmen, sich mit Investitionen zurückzuhalten. Angesichts hoher Löhne und fehlender qualifizierter Arbeitskräfte, der anhaltenden und kostenträchtigen Schikanen des „inspector raj“-Systems und grotesker Arbeitsgesetze ziehen sich die ersten ausländischen Unternehmen wieder aus Indien zurück. Wenig später folgen die ersten großen und global handelnden indischen Unternehmen, die fortan erheblich zum Wohlstand an anderen Standorten beitragen. Beschleunigt wird die Entscheidung in- und ausländischer Unternehmen, nach geeigneten Standorten außerhalb Indiens Ausschau zu halten, noch dadurch, dass die Lebensbedingungen in den Städten infolge von Luftverschmutzung, Verkehrsstaus und Wassermangel immer schwieriger werden.

Während die hohen Steigerungen der Arbeitseinkommen in erster Linie Angehörige der Mittelschicht und Berufsanfänger mit guter College- oder Hochschulbildung begünstigen, freuen die Eigentümer von Immobilien sich über die Explosion der Haus- und Grundstückspreise und ihrer Mieteinnahmen. Da die Behörden in den Großstädten jahrzehntelang versäumt hatten, ausreichend neue Wohn- und Büroflächen auszuweisen und Baugenehmigungen zu erteilen, haben die Mieter das Nachsehen. Auch die Erzeugung und der Vertrieb von Lebensmitteln und Produkten des täglichen Bedarfs reichen bei weitem nicht aus, um die wachsende Nachfrage zu befriedigen. Durch den rasanten Anstieg der Lebenshaltungskosten erleiden die unteren Bevölkerungsschichten, die rund vier Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmachen, einen hohen Verlust ihrer Realeinkommen.

Um die Inflation zu dämpfen, sieht sich die Zentralbank gezwungen, die Geldpolitik zu straffen. In den Wirtschaftsjahren 2004/05 bis 2006/07 hatte das von Unternehmen und Haushalten nachgefragte Kreditvolumen um jeweils rund 30 Prozent zugenommen. Nun stellt sich heraus, dass sich viele damit übernommen hatten. Weite Teile der neuen Mittelschicht können ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen, und viele junge Betriebe geben auf. Der Einbruch bei Investitionen und Verbrauch beendet den „Indien-Hype“. Indien steckt in einer lange anhaltenden Rezession, die die strukturellen Probleme brutal hervortreten lässt.

Auf dem Lande, wo 2020 etwa eine Milliarde Menschen leben wird, verschlechtert sich die Lage. Steigende Preise für Vorleistungen und Betriebsmittel und ein aussichtsloser Kampf gegen die ausländische Konkurrenz treiben die Bauern massenhaft in den Ruin. Wegen Landarmut und fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten drängen Millionen auf der Suche nach Arbeit und Nahrung in die Städte. Dort gibt es für die ungebildeten Landflüchtlinge kaum Jobs, weil das „inspector raj“-System und die rigiden Arbeitsgesetze die Schaffung beschäftigungsintensiver Industrien verhinderten. Unter dem Ansturm der Menschenmassen bricht die Infrastruktur zusammen. Strom und Wasser gibt es nur noch an wenigen Tagen in der Woche, die Luft ist verpestet, die Städte versinken im Müll. Weite Teile von Delhi, Bangalore, Mumbai und anderen Megastädten sind sich selbst überlassen.

In den Jahren des Wirtschaftsbooms hatte sich nicht nur die Kluft zwischen den unteren und oberen Einkommensgruppen vertieft. Es verschärften sich auch die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den rückständigen und den entwickelten Bundesstaaten. In den besonders von Armut gekennzeichneten Regionen schließen sich Teile der Bevölkerung dem Kampf maoistischer Guerillagruppen an. Die sogenannten Naxaliten waren 2007 bereits auf einem Drittel des indischen Staatsgebietes tätig gewesen und hatten in mehreren Bezirken die Kontrolle übernommen. 2020 werden aus

fast allen Bundesstaaten Aktionen der Naxaliten gemeldet, und Unionsregierung und Landesregierungen müssen große Anstrengungen unternehmen, um ihre Ausbreitung einzudämmen.

Während des Indien-Hypes schien es ausgemacht zu sein, dass Indien wirtschaftlich und politisch zu den führenden Ländern in der Welt aufschließen würde. 2020 stellt man stattdessen fest, dass Indien schier unlösbare Probleme aufgetürmt hat und über die Region Südasien hinaus über keinen nennenswerten Einfluss verfügt. Die in den Boomjahren geschlossenen strategischen Partnerschaften kommen nicht zum Tragen. Das internationale Interesse an Indien kühlt ab und ist vornehmlich darauf gerichtet, das konventionell und atomar aufgerüstete Land einzubinden.

III.3 Das „Big Bang“-Szenarium

In diesem Szenarium werden die Anfang der neunziger Jahre begonnenen Reformen entschieden fortgesetzt: Um die Menschen von ihrem Reformwillen zu überzeugen, beginnt die Regierung bei sich selber und baut den Staatsapparat grundlegend um. Ministerien, die seit den Privatisierungen der neunziger Jahre überflüssig sind, werden abgeschafft. Andere, wie zum Beispiel die vier für Energieversorgung zuständigen Ministerien, werden zusammengelegt. Auf diese Weise wird die Zahl der Ministerien von 46 auf 15 bis 20, wie in OECD-Ländern üblich, verringert. Die untergeordneten Behörden werden entsprechend abgebaut oder gestrafft.

Die Regierung stuft das „inspector raj“-System als unreformierbar ein und schafft es ab. Stattdessen werden einfache und transparente Regeln für die Aufsicht von Unternehmen eingeführt. Künftig müssen sich die Unternehmen zertifizieren lassen, um die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards nachzuweisen. Auf Vorschlag der Regierung hebt das Parlament die Arbeitsgesetze auf und beschließt nach kurzer Zeit neue Arbeitsgesetze, die den Standards der OECD-Länder entsprechen.

In den meisten Bundesstaaten führen die Regierungen Agrarreformen durch. Die neuen Eigentumsverhältnisse werden in eindeutigen und transparenten Katastern festgelegt. Flächen können ver- und gekauft und ver- und gepachtet werden. Die Anstrengungen von Unionsregierung und den Regierungen der Bundesstaaten zielen darauf, die Erzeugung und Vermarktung von Agrarprodukten zu modernisieren und arbeitsintensive Industrien auf dem Lande aufzubauen. Angesichts der katastrophalen Lage im Infrastrukturbereich sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen baut die Regierung bisher geltende Regulierungen ab und ist bereit, den Privatsektor am Um- und Ausbau dieser Bereiche maßgeblich zu beteiligen und auch ausländische Direktinvestitionen hierfür zu gewinnen.

Indien nutzt weiterhin seine Wettbewerbsvorteile im IT- und Softwarebereich, aber es packt auch seine überkommenen Probleme wie Analphabetismus, die Rückständigkeit auf dem Lande und die Diskriminierung von Frauen, Stammesangehörigen und Dalits an. Das staatliche Bildungssystem wird grundlegend reformiert und gewährleistet allen einen freien Zugang. Private Schulen und Universitäten sowie Berufsbildungsstätten tragen wesentlich dazu bei, Qualifikation und Beschäftigungsfähigkeit weiter Teile der Bevölkerung zu verbessern. Die Regierung versucht, transparenter und leistungsfähiger zu sein, um den Interessen der Bürgerinnen und Bürgern entgegenzukommen und das Umfeld für Unternehmen und Betriebe aller Größenklassen zu verbessern. Rechtswesen und Polizei werden reformiert, so dass in allen Lebensbereichen Rechtsstaatlichkeit herrscht.

Auf dem Lande bildet sich allmählich ein integrierter, wettbewerbsfähiger Agrarsektor heraus. Farmer schließen sich zu Kredit-, Beschaffungs- und Vertriebsgenossenschaften zusammen, so dass sich Kommunikation und Dienstleistungen sowie Transport, Lagerung und Vermarktung in der Landwirtschaft stetig verbessern. Auf diese Weise nähert sich der Anteil der Erzeuger an den Einzelhandelspreisen für Agrarprodukte, der in Indien gegenwärtig nur ein Fünftel beträgt, dem international üblichen Drittel. Dank steigender Einkommen der Landbevölkerung verlangsamt sich die Land-Stadt-Wanderung, und die Städte gewinnen Zeit, um sich auf den wachsenden Bevölkerungsdruck vorzubereiten.

Auch in diesem Szenario wird der Hype zu Ende gehen, aber es wird nicht zur Katastrophe kommen. Das Wachstum wird nicht so spektakulär sein wie 2004 bis 2007, aber die Wirtschaft wird sich ausgeglichener und nachhaltiger entwickeln. Statt um 8 bis 10 Prozent wird Indiens Bruttoinlandsprodukt bis 2020 jahresdurchschnittlich nur um 6 bis 7 Prozent zunehmen. Damit wird Indien noch lange keine Weltmacht sein. Aber als stabile Regionalmacht ist es ein Global Player und hat es sich die Chance erhalten, eine Weltmacht zu werden.

III.4 Zwischen „Hype-Desaster“-Szenarium und „Big Bang“-Szenarium

Zwischen dem „Hype-Desaster“-Szenarium und dem „Big Bang“-Szenarium sind zahlreiche Zwischenstufen denkbar. Aber Indien bewegt sich auf schmalen Grat. Sollten die Reformschritte nicht nahe genug dem „Big Bang“-Szenarium folgen, das heißt, statt möglichst umfassend und rasch nur teilweise und schleppend durchgeführt werden, so würde auch ein Zwischenstufen-Szenarium kippen und Ergebnisse hervorbringen, die ebenfalls ein Desaster wären. Diese Gefahr besteht, weil Reformen nicht alleine davon abhängen, ob Regierungen sie für notwendig halten. Sie müssen sie auch durchsetzen können.

Dies dürfte in Indien weiterhin nicht einfach sein. Auch aus den nächsten Wahlen werden voraussichtlich Koalitionsregierungen mit zahlreichen Parteien wie die gegenwärtige „United Progressive Alliance“, der ungefähr ein Dutzend Parteien angehören, hervorgehen. Keine der unionsweiten Parteien wird noch eine absolute Mehrheit der Wählerstimmen erzielen. Wenig deutet bislang darauf hin, dass es der Bharatiya Janata Party (BJP) gelingen könnte, den Widerspruch zwischen ihrem Auftreten als radikale Hindu-Partei und der Notwendigkeit, breite Wählerschichten anzusprechen, aufzulösen. Klare Mehrheiten für die BJP sind dadurch ausgeschlossen. Ebenso wenig zeichnet es sich ab, dass der seit Jahren anhaltende Niedergang der Kongresspartei zu innerparteilichen Auseinandersetzungen über den notwendigen Umbau der Partei führen könnte, um die Partei wieder für die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler wählbar zu machen.

Beide Parteien bleiben auf absehbare Zeit die wichtigsten unionsweiten Parteien, doch ohne Unterstützung durch zahlreiche kleine und insbesondere regionale Parteien werden sie nicht regieren können. Somit gibt es in künftigen Regierungsbündnissen weiterhin genügend „Veto-Player“, die Reformmaßnahmen verhindern. Ferner ist kaum zu erwarten, dass sich an der klientelistischen Ausrichtung indischer Politik etwas ändern wird. Kasten-, religions-, stammes- und regionalspezifische Fragen werden auch in Zukunft das politische Geschehen stärker bestimmen als Auseinandersetzungen um Programme und Reformen.

Da sich die beiden großen Parteien in ihrer wirtschaftspolitischen Grundhaltung nicht wesentlich unterscheiden, ist anzunehmen, dass die im Jahre 1991 begonnenen Reformen bei einem Regierungswechsel nicht wieder rückgängig gemacht werden. Ob Umfang und Geschwindigkeit der Reformen ausreichen, damit sich Indien in Richtung auf ein „Big

Bang“-Szenarium entwickelt, ist jedoch fraglich. Seit 1991 sind die Reformen sowohl unter Kongress- als auch unter BJP-geführten Regierungen ins Stocken geraten. Zuletzt geschah dies 2006, als die Regierung die Privatisierung unrentabler Staatsbetriebe aussetzte.

Angesichts des engen Spielraums für die Durchsetzung von Reformen ist zu erwarten, dass Indiens Regierungen künftig nicht auf Strukturreformen setzen, sondern Insellösungen suchen werden, wie sie schon heute Bestandteil der Wirtschaftspolitik sind. Statt etwa eine grundlegende Reform der Arbeits- und Steuergesetze durchzuführen, um landesweit Investitionen und Exporte zu erleichtern, richtet die Regierung Sonderwirtschaftszonen ein. Anders als im Rest des Landes sind dort eine ausreichende Strom- und Wasserversorgung ebenso gewährleistet wie ein ausgebautes Straßennetz und erleichterte Verwaltungsvorschriften. Während der durch die Sonderwirtschaftszonen verursachte Steuerausfall auf 0,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes veranschlagt wird, bescheinigen die meisten Studien den ca. 240 Sonderwirtschaftszonen keinen oder nur einen geringen gesamtwirtschaftlichen Nutzen. Der politische Schaden hingegen ist groß, weil die Einrichtung der Sonderwirtschaftszonen, die sich jeweils über mindestens 1000 Hektar erstrecken, meist gegen den heftigen Widerstand der ansässigen Bevölkerung durchgesetzt werden muss. Zudem begünstigen Insellösungen wachsende Ungleichheit: Während sich einige urbane Zentren rasch entwickeln und zunehmend in die Weltwirtschaft hineinwachsen, verharren ganze Regionen auf niedrigstem Entwicklungsstand.

IV. Handlungsoptionen deutscher und europäischer Außenpolitik

Es liegt im Interesse Deutschlands und der Europäischen Union, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit Indien seine demographischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen meistert. Sollte es in der bevölkerungsreichsten Demokratie der Welt gelingen, den wirtschaftlichen Aufstieg fortzusetzen, würde Indien nicht nur die in den vergangenen Jahrzehnten auf über 800 Millionen Menschen angeschwollene Zahl von Armen stetig verringern, sondern voraussichtlich auch zu Frieden und Wohlstand in einer konfliktreichen Region beitragen und eine gewisse Balance zum autoritär geführten Nachbarn China herstellen.

Ob Indien im Jahre 2020 Ergebnisse aufweist, die in möglichst vielen Bereichen denen des „Big Bang“-Szenariums entsprechen, wird zuallererst von Indien selber abhängen. Aber Deutschland und die Europäische Union können über die Bereiche Global Governance und Sicherheitspolitik hinaus auf zahlreichen Themenfeldern wie Umwelt und Energie, Wirtschaft und Handel, Arbeits- und Sozialpolitik, Verwaltung und Rechtsstaatlichkeit politischen Dialog sowie bi- und multilaterale Zusammenarbeit anbieten und gemeinsam mit Indien gestalten. Da es keine gemeinsame Außenpolitik der Europäischen Union gibt, bevorzugt Indien allerdings je nach Interessenlage bilaterale Bündnisse mit den wichtigen europäischen Staaten.

Die Bedingungen für eine verstärkte Zusammenarbeit mit Indien sind auf absehbare Zeit ausgesprochen günstig: Zum einen wird Indiens Außenpolitik seit dem Ende des Kalten Krieges weitaus weniger von politisch-ideologischen als von wirtschaftlichen Motiven geleitet. Die politische Führung begnügt sich nicht mehr damit, „Leader of the Third World“ zu sein, sondern strebt danach, dass Indien eine Weltmacht wird. Um das dafür erforderliche hohe Wirtschaftswachstum zu gewährleisten, steht Indien nun im

Wettbewerb mit den übrigen Schwellenländern und hier vor allem mit China um ausländische Investitionen und Zugang zu Märkten. Zum anderen ist die Neuausrichtung der indischen außenpolitischen Strategie noch längst nicht abgeschlossen. Indiens Regierung wird in den kommenden Jahren seine Möglichkeiten und Spielräume weiter ausloten, ohne sich auf Partner oder Konzepte festzulegen. Zwar strebt Indien weiterhin eine engere Zusammenarbeit mit der alleinigen Supermacht USA an, doch vermeidet es jede Form von Unilateralismus und wird seinen multilateralen Ansatz in der Außenpolitik in den kommenden Jahren beibehalten. Damit eröffnen sich auch für Deutschland und Europa Spielräume. Sie sollten von der deutschen und europäischen Außenpolitik gerade in Bereichen, die im Vergleich zu den Wirtschaftsbeziehungen bislang vernachlässigt wurden, genutzt werden.

Hier bieten sich insbesondere die Bereiche Bildung und Wissenschaft an. Deutschland und Indien mangelt es an Fachkräften, insbesondere an Naturwissenschaftlern und Ingenieuren. In Indien ist das Angebot an Studienplätzen bei weitem nicht ausreichend, in Deutschland hingegen ist das Interesse der Studierenden an diesen Fächern gering. Daher bleiben hier zahlreiche Studienplätze unbesetzt. Trotzdem kommen nur wenige der 160.000 jungen Inderinnen und Inder, die jährlich an ausländischen Universitäten studieren, nach Deutschland. Ein Grund für diese Zurückhaltung ist sicherlich die Sprachbarriere. Andere Gründe sind jedoch der Mangel an geeigneten Studiengängen für Postgraduierte und die strengen Auflagen, um nach dem Studium eine Arbeitserlaubnis in Deutschland zu erhalten. Hier sollte die deutsche Regierung die Rahmenbedingungen für Studierende aus Indien deutlich verbessern. Gleichzeitig sollte sie Verhandlungen mit der indischen Regierung aufnehmen, um die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit deutsche Universitäten in Indien Lehr- und Forschungseinrichtungen aufbauen können. Eine deutliche Zunahme des Studentenaustauschs und der Aufbau eines Netzwerkes aus deutschen und indischen Wissenschaftlern wären wesentliche Bestandteile des kulturellen Dialogs zwischen beiden Ländern.

Eine alle Lebensbereiche durchdringende Rechtsstaatlichkeit und eine leistungsfähige, an den Menschen ausgerichtete öffentliche Verwaltung sind wichtige Themenfelder, in denen Deutschland seinen indischen Partnern eine Zusammenarbeit anbieten kann. In Indien bereiten eine ausufernde Bürokratie und die mangelnde Umsetzung von Recht und Gesetz große Probleme, die sowohl das demokratische System als auch die Wirtschaftsentwicklung gefährden. Neben den Natur- und Ingenieurwissenschaften wären daher auch Angebote der deutschen Seite in Theorie und Praxis öffentlicher Verwaltung sinnvoll.

Die deutsche Regierung verfolgt das Ziel, gleiche Chancen für Frauen und Männer in allen Lebensbereichen herzustellen. Sie fördert auf diesem Gebiet in vielen Ländern Organisationen und Projekte und arbeitet hierzu intensiv in zahlreichen Gremien der Europäischen Union, des Europarates und der Vereinten Nationen mit. Indien steht vor der Herausforderung, die Lage der Frauen und Mädchen zu verbessern, wenn es eine Weltmacht werden möchte. Dazu muss es auch in diesem Bereich schneller aufholen und die Fehler anderer Länder vermeiden. Deutschland sollte seine Vorschläge, wie es Indien dabei unterstützen könnte, deutlicher machen.

Indien, Deutschland und die Europäische Union teilen das Interesse an einer internationalen Ordnung, die auf den Grundsätzen von Demokratie und Menschenrechten, Frieden und Sicherheit aufgebaut ist und in der überstaatliche Institutionen eine maßgebliche Rolle spielen. Wie nicht anders zu erwarten ist, haben Indien einerseits und Deutschland und die EU andererseits auch miteinander unvereinbare Auffassungen wie etwa im

Falle des Vertrages zur Nichtverbreitung von Atomwaffen, den Indien, wenngleich es gegen die Verbreitung von Atomwaffen ist, nicht unterschrieben hat. Doch gemeinsame Werte und wechselseitige Toleranz bei unterschiedlichen Standpunkten sind tragfähige Voraussetzungen für die Beziehungen zwischen Indien und Deutschland bzw. der Europäischen Union. Diese auszubauen, unabhängig davon, in welchem Szenarium der Partner sich im Jahre 2020 der Welt vorstellt, sollte auch künftig das Ziel deutscher und europäischer Außenpolitik gegenüber Indien sein.

Über die Autoren: Peter Gey ist Landeskoordinator und Projektleiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Neu Delhi. Renate Tenbusch ist Projektleiterin, Matthias Jobelius ist Projektassistent im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Neu Delhi.

Kompass 2020

Deutschland in den internationalen Beziehungen

Ziele, Instrumente, Perspektiven

- Reinhard Krumm, „Zentralasien – Kampf um Macht, Energie und Menschenrechte“, Januar 2007
- Britta Joerißen, „Der Balkan – Von Krieg, Frieden und Europa“, Januar 2007
- Andrä Gärber, „Der Nahe/Mittlere Osten und Nordafrika – Die blockierte Region am Scheideweg“, Januar 2007
- Hans J. Gießmann, „Abrüstung, ade? Orientierungspunkte deutscher Rüstungskontrollpolitik“, Januar 2007
- Wolfgang Hein, „Global Health – ein Politikfeld von unterschätzter Bedeutung“, Februar 2007
- Jürgen Stetten, „Multilaterale Institutionen - neue Allianzen bilden, globale Probleme lösen“, Februar 2007
- Michael Dauderstädt & Christian Kellermann, „Die Risiken der Weltwirtschaft kontrollieren – Deutschlands Rolle“, Februar 2007
- Matthes Buhbe, „Grundzüge einer deutschen Russland-Strategie“, März 2007
- Christos Katsioulis & Gero Maaß, „Europäische Integration – Zukunftsperspektiven als Sicherheits- und Wohlfahrtsunion“, März 2007
- Michèle Auga, „Krisen und Kriege in der entgrenzten Welt – Anforderungen an eine deutsche Friedenspolitik“, März 2007
- Richard Mörbel & Sönke Schmidt, „Verhütung und Bekämpfung der organisierten Kriminalität – Handlungsperspektiven aus deutscher und europäischer Sicht“, April 2007
- Erfried Adam, „Menschenrechte und internationale Sozialpolitik – Grenzen der Anarchie der Macht“, April 2007
- Wolf Grabendorff, „Lateinamerika – Viel Demokratie, wenig Staat und kaum sozialer Fortschritt“, April 2007
- Ernst Hillebrand, „Zu viele oder zu wenige? – Demographische Entwicklung und internationale Migration“, April 2007
- Thomas Meyer, „Religion und Politik – ein neu belebtes Spannungsfeld“, April 2007
- Ulrich Golaszinski, „Subsahara-Afrika – die Wiederentdeckung eines Kontinents“, Mai 2007
- Stefanie Flechtner, „In neuer Mission – Auslandseinsätze und die deutsche Sicherheitspolitik“, Mai 2007
- Michael Ehrke, „Die Europäische Union und der postkommunistische Raum: Integration, europäische Nachbarschaftspolitik und strategische Partnerschaft“, Mai 2007
- Bernd Reddies, „China – Kampf um Augenhöhe und Stabilisierung“, Mai 2007
- Marika Lerch, „Demokratie im Aufwind? – Außenpolitische Strategien der Demokratieförderung“, Juni 2007
- Almut Wieland-Karimi, „Die transatlantischen Beziehungen – Der Westen gemeinsam auf dem Weg zu neuen Ufern“, Juni 2007
- Hermann E. Ott, „Internationale Klimapolitik 2020 – Herausforderung für die deutsche (Umwelt-) Außenpolitik“, Juli 2007
- Dietmar Dirmoser, „Energiesicherheit“, August 2007
- Peter Gey, Matthias Jobelius & Renate Tenbusch, „Indien – Herausforderungen auf dem Weg zur Weltmacht“, September 2007

- Südostasien
- Terrorismus

